

**Antwort
der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Sylvia Kotting-Uhl, Bärbel Höhn,
Hans-Josef Fell, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 17/1381 –**

Wiederaufarbeitungsanlage Karlsruhe – Stilllegung und Auftragsvergabe**Vorbemerkung der Fragesteller**

Seit dem Jahr 1991 ist die Wiederaufarbeitungsanlage Karlsruhe (WAK) nicht mehr in Betrieb und wird rückgebaut. Die Gesamtprojektkosten für die Stilllegung und den Rückbau der WAK werden aktuell mit rund 2,7 Mrd. Euro beziffert. Im Zusammenhang mit der Vergabe von Stilllegungs- und Rückbauaufträgen wird seit rund drei Jahren gegen zwei ehemalige Mitarbeiter des Forschungszentrums Karlsruhe wegen Korruptionsverdachts staatsanwaltschaftlich ermittelt. Am 23. März 2010 meldete die „Badische Zeitung“, dass sich die Ermittlungen ausgeweitet hätten. Die folgenden Fragen nach Aufträgen zielen auf alle mit der WAK-Stilllegung zusammenhängenden Aufträge ab, also beispielsweise auch solche, die im Zusammenhang mit der Verglasungseinrichtung Karlsruhe vergeben wurden.

1. Welche Aufträge wurden im Zusammenhang mit der Stilllegung und des Rückbaus der WAK an das Unternehmen Studsvik vergeben (bitte tabellarische Übersicht mit Angabe des Auftragsvolumens, -datums und der Art der Auftragsvergabe)?

Die angefragten Aufträge sind vom ehemaligen Forschungszentrum Karlsruhe GmbH bzw. Kernforschungszentrum Karlsruhe GmbH in der Zeit von Mitte 1991 (Rahmenvereinbarung I) bis Ende 2005 (Rahmenvereinbarung II) an die Firma Studsvik vergeben worden.

Um eine belastbare Aussage abzugeben, erfolgt zunächst eine Sichtung der in Frage kommenden Vorgänge. Diese Sichtung ist angelaufen.

2. Wie hoch ist die Summe aller im Zusammenhang mit Stilllegung und Rückbau der WAK an Studsvik vergebenen Aufträge (bitte mit Angabe des Zeitraums)?

Auf die Antwort zu Frage 1 wird verwiesen.

3. Welche Aufträge im Zusammenhang mit der Stilllegung und dem Rückbau der WAK sind nach derzeitigem Kenntnisstand der Bundesregierung Gegenstand staatsanwaltschaftlicher Ermittlungen (bitte tabellarische Übersicht mit Angabe des Auftragsvolumens und -datums)?

Die Bundesregierung kann über laufende staatsanwaltschaftliche Ermittlungsverfahren keine Auskunft erteilen.